

**Die Gewinne der Viehverwertungsgesellschaft.**

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, der eine lange und stellenweise auch erregte Debatte hervorrief, war die Verhandlung über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der Viehverwertungsgesellschaft. Wir können über die Debatte heute nicht berichten; der Bericht ist vorläufig von der Zensur inhibiert.

**Vieverwertungsgesellschaft, Pressfitten und Pressfreiheit.**

In vierzehn Wiener Tageszeitungen ist gestern ein Artikel erschienen, der den Titel führt: Zweck und Ziele der Allgemeinen österreichischen Viehverwertungsgesellschaft. Alle Zeitungen — wir werden sie gleich nennen — denselben und gleichlautenden Artikel: das gibt zu denken! Der Leser denkt sich wohl auch gleich, wie dieses Wunder zustande gekommen ist, denn der Leser schätzt ja diese Presse, obgleich er sie häßt und ließt, richtig ein: er weiß schon, daß die Veröffentlichung bezahlt worden ist! So ist es auch in der Tat: diese Artikel, die (mit einer Ausnahme) überall im redaktionellen Teile erscheinen, dem Leser als Meinung und Ansicht der Redaktion vorgefetzt werden, sind bezahlt! Die „Einschaltung“ im redaktionellen Teile entspricht so den Wünschen der beiden Teile: die Viehverwertungsgesellschaft bringt ihre Beschönigungsschrift derart besser unter die Leute und erhöht ihre Wirkung, und die wackeren Zeitungen können für die Einschaltung im redaktionellen Teil mehr fordern; so ist beiden geholfen! Von den moralischen Auffassungen der Wiener Presse gibt der Vorfall ein anschaulich Bild!

Eine einzige Zeitung, die „Reichspost“, veröffentlichte den Artikel als Inserat; da sie der agrarischen Gesellschaft auch sonst die Stange hält, kann wenigstens sie geltend machen, daß sie sich, indem sie die Beschönigungen der Gesellschaft vorträgt, keines Widerspruchs schuldig macht. Sonst wird, wie gesagt, der Schriftsatz der Gesellschaft überall im redaktionellen Teile veröffentlicht; aber das ist schlechtweg Korruption. Es kennzeichnet die Wiener Presse, daß derlei, wozu sich in Berlin kein Blatt verstehen würde und in ganz Deutschland gewiß keines, das auf Anstand hält, in Wien ganz landesüblich ist, daß hier dabei nicht einmal irgend welche Skrupel erst überwunden werden müssen, sondern daß man dafür sogar eigene Preistarife hat! Folgende Zeitungen haben die Veröffentlichung sogar ohne jeden Zusatz vorgenommen: „Neues Wiener Tagblatt“, „Fremdenblatt“, „Wiener Allgemeine Zeitung“, „Ostdeutsche Rundschau“, „Neues Wiener Journal“, „Weltblatt“, „Extrablatt“, „Deutsches Volksblatt“, „Österreichische Volkszeitung“, „Kleine Österreichische Volkszeitung“; die haben also nicht einmal ein Schamgefühl zu überwinden gehabt. Die „N. Fr. Pr.“ fabelt ihren Lesern vor: „Wir werden um Veröffentlichung der folgenden Mitteilung ersucht“ — ersucht, ist gut gesagt. Ebenso das „8 Uhr-Abendblatt“: „Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Ausführungen ersucht, welches „Blatt“ wir erwähnen, um zu zeigen, daß die Viehverwertungsgesellschaft die ganze Wiener Presse in ihren Bann ziehen wollte. Die „Kronenzeitung“ kleidet ein: „Wir erhalten folgende Zuschrift“: es wird in

der „Geschichte“ des Schandblattes wohl das erstemal sein, daß dort ein Artikel erschienen ist; aber das hat eben seinen Grund! Die „Neue Zeitung“ hat sich zu der rührenden Einschaltung nur entschlossen, weil sie „nun auch die Gegenseite zu Wort kommen lassen will, damit sich die Leser ein Urteil bilden können“; alle Tage wird die „Urteilsbildung“ nicht so opulent ausfallen. Der „Zeit“ ist das „Nachwort“ mit dem „Ersuchen“ um Aufnahme zugeworfen. . . Wir möchten nun beifügen, daß die Arbeiter-Zeitung die Veröffentlichung des Inserats ausdrücklich abgelehnt hat. Es handelt sich da um keine geschäftliche Mitteilung, sondern um eine Polemik in einer öffentlichen Angelegenheit, mit der materielle Fragen natürlich nicht verknüpft werden dürfen. Zum zweiten hat man das, was die Gesellschaft nun dichtet, schon vom Ackerbauministerium und vom Magistrat vernommen; für die Darstellung sprach also keine Notwendigkeit, und so ergibt sich als ihr alleiniger Zweck das Bedürfnis, den Zeitungen Geld zuzuwenden; aber was das bedeutet, weiß man. Zum dritten ist folgendes zu sagen: Die Presspolizei hat gegen die Darstellung des Ackerbauministeriums und gegen die des Magistrats kein Wort der Kritik zugelassen; die Leser erinnern sich wohl der weißen Flecke in der Arbeiter-Zeitung. Unter solchen Umständen würden wir die Gesellschaft in keinem Falle bei uns sprechen lassen, geschweige denn noch gegen Bezahlung! Das ellenlange Inserat beweist nur, wie sehr es die Gesellschaft nötig hat, die Kritik zu unterbinden, wie viel Dunkelheiten da nicht erhellt werden sollen.

Zum Schlusse folgende Frage: Man wird die Kosten dieser kunstgemäßen Beeinflussung der Presse wohl auf fünfzigtausend Kronen schätzen können. Wie kommt die „gemeinnützige“ Gesellschaft, deren Erträgnis öffentlichen Interessen gewidmet wird, dazu, wie hat sie ein Recht dazu, derlei Summen zwecklos auszugeben und damit den Betrag für öffentliche Interessen zu kürzen? Hier wird die Aufsichtsbekörde, das Ackerbauministerium, um Antwort gebeten!